



Sportausschuß

4. Sitzung (nicht öffentlich)

4. Dezember 1995

Bonn, Landesvertretung NW

13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Uwe Herder (SPD)

Stenograph: Wolfgang Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Land Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
18. Landessportplan 1996

1

und

2 Aussprache zum Bericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport vom 9. Oktober 1995 zur Sportpolitik in der 12. Wahlperiode des Landtags

und

Seite

zu ihrem Bericht zum Einzelplan 15 - 18. Landessportplan 1996 - 1

Der Ausschuß nimmt den Einführungsbericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport in den Einzelplan 15 - 18. Landessportplan 1996 - entgegen und tritt darüber in eine Aussprache ein.

3 Sport im Einigungsprozeß Europas

Zum gegenwärtigen Stand der Diskussion zu Maastricht II 19

Der Sportausschuß fordert die Landesregierung mit den Stimmen von SPD und CDU in Abwesenheit der GRÜNEN auf, sich für eine Aufnahme des Sports in den Vertrag Maastricht II einzusetzen, ohne damit Rechtspositionen aufzugeben.

4 Verschiedenes 21

Siehe Seite 21 des Diskussionsprotokolls.

Nächste Sitzung: 22. Januar 1996 auf der Ausstellung "boot" in Düsseldorf

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Land Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
18. Landessportplan 1996

und

2 Aussprache zum Bericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport vom 9. Oktober 1995 zur Sportpolitik in der 12. Wahlperiode des Landtags

und

zu ihrem Bericht zum Einzelplan 15 - 18. Landessportplan 1996 -

Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis erstattet den folgenden Bericht zur Einführung in den Haushalt 1996:

Ich kann mir grundsätzliche Ausführungen zur Sportpolitik in dieser Legislaturperiode als Einführung in den Haushalt wohl ersparen; denn das habe ich am 9. Oktober dargelegt, und wir werden gleich auch darüber diskutieren. Aber ein paar wesentliche Eckdaten des Haushalts will ich Ihnen vorstellen:

Der Einzelplan des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport insgesamt umfaßt Ausgaben in Höhe von 869,5 Millionen DM. Für die Bereiche Stadtentwicklung, Kultur und Sport stehen den Kommunen darüber hinaus noch einmal 454,5 Millionen DM Zweck- und Bedarfszuweisungen im Rahmen des Steuerverbundes im Einzelplan 20 zur Verfügung.

Mit dem Entwurf des Haushalts 1996 wird auch der 18. Landessportplan vorgelegt, der insgesamt fast 182 Millionen DM vorsieht; das sind im Vergleich zum Vorjahr noch einmal 600 000 DM mehr.

Für die Förderung des Sports in Nordrhein-Westfalen sind 1996 im Einzelplan 15 insgesamt 44,65 Millionen DM und im Rahmen des Einzelplans 20 noch einmal 35 Millionen DM und insgesamt 24,3 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen in den Einzelplänen 15 und 20 vorgesehen.

Diese Beträge insgesamt sagen noch nicht sehr viel. Ich will deshalb betonen, daß alle substantiellen Positionen des Sports - und damit meine ich die allgemeinen Zuschüsse für den Sport vor Ort - erhalten geblieben sind. Das ist in einer Zeit, in der Sparhaushalte diskutiert werden, schon ein wichtiger Erfolg.

Wir mußten beim Sportstättenbau der Vereine die investiven Mittel von 10 Millionen auf 7 Millionen DM reduzieren. Aber ich denke, daß das bei der insgesamt guten Infrastruktur vertretbar ist, zumal die Investitionsförderung der Sportstätten der Gemeinden im Steuerverbund mit 33 Millionen DM in voller Höhe erhalten bleibt und hier noch einmal Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 20 Millionen DM zur Verfügung stehen. Außerdem sind im Landessportplan zusätzlich 2 Millionen DM als Zuschuß zum Neubau der Westfälischen Reit- und Fahrschule in Münster vorgesehen.

Die für die Sportförderung in 1996 vorgesehenen Mittel will ich nutzen, die bewährte Sportförderung kontinuierlich fortzusetzen, aber auch neue Ansätze in der Sportpolitik anzustoßen und zu verfolgen.

Sie erhalten für die weiteren Beratungen zum Haushalt in den nächsten Tagen von mir noch einen Erläuterungsband zu den einzelnen Positionen des Haushalts und eine schriftliche Einführung mit den wichtigsten Schwerpunkten für das kommende Jahr.

Einige Bemerkungen zu den Schwerpunkten des Schulsports! Dazu gehört, daß wir uns im Schulsport weiterhin auf die gesundheitsfördernden Maßnahmen konzentrieren werden, daß wir auch 1996 das Landessportfest der Schulen unterstützen und daß wir die freiwilligen Sportgemeinschaften von Schülerinnen und Schülern auf demselben Niveau wie bisher fördern möchten.

Der Haushaltsansatz für die Übungsarbeit der Vereine konnte mit 23 Millionen DM auf dem bisherigen Stand gehalten werden. Dazu kommen noch 2 Millionen DM aus dem im Einzelplan 20 etatisierten Steuerverbund. Diese 2 Millionen DM werden über die Kommunen an die Vereine weitergegeben.

Gerade die Sicherung des Haushaltsansatzes für die Übungsarbeit in den Vereinen ist meines Erachtens ein wichtiger Erfolg, an den viele für das Haushaltsjahr 1996 so nicht geglaubt hatten, nachdem es im vergangenen Jahr gelungen war, diese Mittel noch einmal aufzustocken.

Wir wollen im kommenden Jahr am systematischen Ausbau des Breitensports weiterarbeiten und im Rahmen dieser Arbeit vor allen Dingen einzelne spezielle Zielgruppen ansprechen, die wir noch stärker in den Breitensport einbeziehen möchten.

Das sind einmal die älteren Menschen; das sind aber auch die Ausländerinnen und Ausländer und die Mädchen und Frauen. Wir haben jetzt gerade mit dem Behindertensportverband ein Projekt zum Breitensport für behinderte Mädchen und Frauen begonnen, das dazu dienen soll herauszufinden, was wir tun müssen, um noch angemessenere, bedarfsgerechtere, attraktivere Angebote insbesondere für behinderte Mädchen und Frauen vorzulegen. Wir haben festgestellt, daß es dort eine ganz bestimmte Altersgruppe gibt, die sich von den Angeboten der Behindertensportvereine bisher offensichtlich nicht ausreichend angesprochen fühlt oder nicht ausreichend erfaßt wird.

Die Fördersummen des Landes beim Leistungs- und Hochleistungssport bleiben unverändert. 250 000 DM stehen für das Landesprogramm "Talentsuche und Talentförderung in Zusammenarbeit von Schule und Verein" zur Verfügung, 240 000 DM

für sportmedizinische Untersuchungen, 500 000 DM für Landestrainer und 240 000 DM für die Trainerakademie in Köln.

Den Unterhalt und Betrieb von Sportleistungszentren will das Land insgesamt mit 1,68 Millionen DM weiterhin unterstützen.

Darüber hinaus wollen wir auch Vorsorge dafür treffen, den Sport für die Zukunft fit zu machen. Ich bin ja schon in meinen Grundsatzaussagen davon ausgegangen, daß in der Alltagswelt vieler Menschen der Sport eine zunehmende Bedeutung gewinnt. Dem hat auch die Tatsache Rechnung getragen, daß der Sport in die Verfassung mit dem ausdrücklichen Auftrag aufgenommen worden ist, den Sport zu pflegen und zu fördern.

Wir müssen auch noch stärker mit dazu beitragen, daß der Sport wirklich als Querschnittsaufgabe auch in andere Politikbereiche hinein verstanden wird. Wir wollen dem Sport im wörtlichen und im übertragenen Sinne mehr Raum geben. Das heißt auch, das zu verwirklichen, was ich in meinen Grundsatzaussagen schon angekündigt habe: daß wir versuchen, mehr konkrete Möglichkeiten für Bewegung und Spiel, also für den Sport, in den Stadtvierteln zu finden. Durch den Einsatz von Mitteln der Sportförderung und der Stadtentwicklung wollen wir Sportmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld schaffen. Damit meine ich nicht nur die Ergänzung traditioneller Sportanlagen, sondern auch die Rückgewinnung von Stadträumen für die sportliche Betätigung, für Bewegung und Spiel.

Um heute den Sport von morgen mitzugestalten, sollen im kommenden Jahr zusammen mit dem Landessportbund "Zukunftsforen für den Sport" durchgeführt werden, in denen wir Fachleute aus dem Bereich des Sports, aber auch Vertreterinnen und Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Bereiche zusammenführen wollen, um mit ihnen Grundsatzfragen der weiteren Sportentwicklung zu diskutieren, neue Ideen, vielleicht auch, so hoffe ich, neue Lösungsmöglichkeiten für entstandene Probleme zu entwickeln. Ich glaube, daß wir in diesen Zukunftsforen auch die Verbindung von Stadtentwicklung und Sportentwicklung miteinander diskutieren und daraus wichtige Impulse für die Zukunft des Sports ableiten können.

Diese "Zukunftsforen für den Sport" sollen zugleich auch ein Beitrag des Sports für das Landesjubiläum 1996 sein.

Ich will noch einmal die ehrenamtliche Mitarbeit ansprechen, ohne die ja der Sport nicht denkbar wäre, wenn wir also nicht das vielfache Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten. Wir müssen versuchen, diese ehrenamtliche Mitarbeit in unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und die so Tätigen auch, wo es geht, von Aufgaben zu entlasten.

Wir haben gemeinsam mit dem Landessportbund ein Handlungsprogramm zur Zukunftssicherung des Ehrenamtes erarbeitet, das jetzt schrittweise verwirklicht werden soll. So wird zum Beispiel ein Beratungssystem für Sportvereine aufgebaut, und es sollen Konzepte zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erarbeitet und den Sportvereinen und Sportverbänden an die Hand gegeben werden.

In Kürze werden wir in der Sportschule in Duisburg-Wedau ein Qualifizierungszentrum für den Einsatz moderner Technologie durch das Bildungswerk des Landes-

sportbundes eröffnen. Dort sollen Organisationsleiter und Organisationsleiterinnen bis hin zu Vereinsvorsitzenden in der rationellen Abwicklung der Verwaltungsarbeit geschult werden; denn dies ist häufig eine so alltägliche und lästige Belastung von im Sport ehrenamtlich Tätigen, die sich eigentlich lieber den sportlichen Aufgaben zuwenden würden, als die Verwaltungsarbeit zu erledigen. Wenn man ihnen darin Hilfestellung geben kann, ist das meiner Meinung nach außerordentlich wichtig.

Wir müssen uns darüber verständigen, wie die Zukunft des Sports aussehen soll, wenn wir sie politisch gestalten wollen. Hier setze ich auf die Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit aller Beteiligten, innovative, aber auch praktikable Wege zu finden. Ich will noch einmal unterstreichen, was ich in meinen Grundsatzaussagen am 9. Oktober schon gesagt habe: Ich stelle auch bei vielen Veranstaltungen, die ich jetzt zu sportpolitischen Themen besuche, fest, daß es ein ungeheuer großes Engagement von Menschen gerade im Sport gibt, aber auch ein Engagement, die eigene Lebenswelt mitzugestalten. Ich hoffe, daß es uns gelingt, dieses Engagement aufzugreifen und für den Sport und auch die Sportpolitik zu nutzen. Ich wünsche, daß wir damit - das wird ja ein Dialogprozeß, den nicht nur das Ministerium führt, sondern den hoffentlich auch der Landtag seinerseits führt - einen guten Schritt vorankommen.

Dr. Hans Kraft (SPD) erklärt, er habe die Ausführungen der Ministerin mit Dankbarkeit und auch einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen. In finanzieller Hinsicht wehe bekanntlich allen ein eisiger Wind ins Gesicht. Deshalb habe er mit großer Freude gehört, was im Jahre 1996 umgesetzt werden solle, daß die wichtigen Haushaltspositionen überrollt würden und daß das Haushaltsvolumen des Landessportplans insgesamt sogar um 600 000 DM zunehme.

Vor einigen Jahren hätten beispielsweise für die Übungsleiter nur 20 Millionen DM zur Verfügung gestanden. Dann habe es die Initiative gegeben, 2 Millionen DM zusätzlich in das GFG einzustellen - Geld, das von den meisten Kommunen in der gewünschten Weise an die Vereine weitergeleitet werde. Dafür, daß die vor kurzem auf 23 Millionen DM angehobenen Zuschüsse für die Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen erhalten geblieben seien, gebührten dem Ministerium und der neu für den Sport zuständigen Ministerin Dank und hohe Anerkennung.

Ein kritischer Punkt, der ihm Kopfschmerzen bereite, sei die 30%ige Absenkung der Zuschüsse für den Sportstättenbau der Vereine. Dazu werde er sich abschließend erst äußern, wenn sich der Arbeitskreis seiner Fraktion damit befaßt habe.

Im Arbeitskreis seien mehrfach der neue Zuschnitt des Ministeriums und die bisher noch nicht klar erkennbare Bedeutung der Zusammenlegung von Stadtentwicklung und Sport in einem Ministerium erörtert worden. Dazu habe die Ministerin heute beispielhaft auf die fehlenden Spielräume hingewiesen und vorgetragen, daß neue Konzeptionen für die Entwicklung der Städte hin zu sportgerechten Städten erforderlich seien. Insofern würden die Konturen schon klarer. Er vermute, daß dies noch deutlicher zu Papier kommen werde und daß man dann noch einmal über die Zielvorstellungen der Ministerin diskutieren könne.

In der Sitzung am 9. Oktober habe die Ministerin zu Recht auf den hohen Stellenwert der Vereine hingewiesen. Soeben habe sie noch einmal das Ehrenamt angesprochen. Sie habe die positiven Aspekte, die sie im Sport sehe, erwähnt, ohne die negativen auszulassen, und dabei mahnend von der zunehmenden Kommerzialisierung, den Problemen des Doping und den fehlenden Spielräumen gesprochen. Wie man ihren heutigen Ausführungen entnehmen könne, seien offensichtlich hausintern schon Konzepte entwickelt worden, wie man diesen zutreffend benannten Problemen abhelfen könne.

Auf diesem Wege, auf dem er ihr viel Glück wünsche, würden seine politischen Freunde und er die Ministerin konstruktiv, aber durchaus kritisch begleiten und ihr bei der Lösung der Probleme, soweit es erwünscht sei, hilfreich zur Seite stehen.

Wenn er, so führt **Klaus-Dieter Stallmann (CDU)** aus, die Erklärungen der SPD in den letzten Monaten richtig verstanden habe, dann müßte der Ansatz für die Übungszuschüsse eigentlich höher sein, als er es mit den wieder in den Haushalt eingestellten 23 Millionen DM sei.

Einzelne Haushaltsansätze seien bedauerlicherweise reduziert worden, so etwa beim Sportstättenbau von 10 Millionen auf 7 Millionen DM. Hinzu komme eine Verringerung des Ansatzes für die Errichtung von Sportstätten an Schulen um 1,1 Millionen DM.

Ferner seien die Zuschüsse zur Durchführung von nationalen und internationalen Meisterschaften, insbesondere im Jugendbereich, um 30 % gekürzt worden, wozu er um eine Erläuterung bitte.

Leonhard Kuckart (CDU) betont, daß er schon etwas kritischer sei als der Sprecher der SPD-Fraktion. Er sei enttäuscht, daß nicht eine bessere finanzielle Ausstattung des neuen Ministeriums möglich gewesen sei. Als der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Helmut Linssen, ursprünglich von einem "Alibi-Ministerium" gesprochen habe, in dem "jemand untergebracht" werden müsse, habe er, Kuckart, noch geltend gemacht, daß dieses neue Ministerium auch Chancen biete.

Er habe dabei darauf gehofft, daß das eintreten würde, was der Ministerpräsident gesagt habe: daß er mit diesem Ministerium auch sehr viel Zukunftsaufgaben verbinde und daß es selbstverständlich finanziell besser auszustatten sei. Der Ministerpräsident habe die beiden Bereiche Kultur und Sport in besonderer Weise mit der Feststellung hervorgehoben, daß man nur über Kultur und Sport an die Jugend herankomme.

Diesen richtigen Ansatz habe er begrüßt. Um so mehr bedauere er, daß die Ministerin nicht die Möglichkeit erhalten habe - denn zu allem gehöre nun einmal Geld -, mit ihrem Ministerium mehr zu gestalten, als es in der Vergangenheit schon der Fall gewesen sei. Er hoffe, daß sich dies in den kommenden Jahren bessern werde. Was die Opposition dazu beitragen könne, werde sie tun; sie werde das einfordern, was der Ministerpräsident gesagt habe.

Was einige Einzelaspekte betreffe, so sei die sportliche Förderung von behinderten Mädchen und Frauen begrüßenswert. Er wisse aber vom Behindertensportverband, daß dieser gern beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) geführt werden wolle. Wenn dem Sport schon so wenig Geld zur Verfügung stehe, dann wäre es ihm lieber gewesen, das

MAGS mit seinen wesentlich umfangreicheren finanziellen Möglichkeiten hätte diese Aufgabe übernommen.

Skeptisch stehe er den Zukunftsforen für den Sport gegenüber, von denen er sich nicht vorstellen könne, daß dabei etwas Neues für die Zukunft des Sports herauskommen werde. Es gebe eine hervorragende Sportabteilung, die schon im seinerzeitigen Kultusministerium immer von sich behauptet habe, in die Zukunft hinein vorgedacht zu haben, und deren Veröffentlichungen auch stets gut und zukunftsorientiert gewesen seien - und was man für die Vergangenheit reklamiert habe, gelte sicher auch für die Zukunft. Zudem gebe es ausgezeichnete Einrichtungen der Sportwissenschaft an den Universitäten, die ebenfalls viel in die Zukunft hinein gedacht hätten.

Wichtiger seien möglicherweise Überlegungen, wie man das Vorgedachte umsetzen könne, woran es bisher gehapert habe. Auch der Sport habe zugegebenermaßen nicht immer große Bereitschaft dazu gezeigt.

Das einzige, was er den Zukunftsforen für den Sport abgewinnen könne, sei, daß sie Öffentlichkeitsarbeit leisten könnten. Wenn aber, wie es die Ministerin angedeutet habe, der Sportausschuß mit seinen unterschiedlichen Meinungen daran beteiligt werde, könne diese Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise dem Sport dienen.

Bezüglich des Ehrenamtes habe die Ministerin in ihrem Einführungsbericht vom 9. Oktober, ohne ihn namentlich zu erwähnen, seine Vorstellungen - zum Beispiel Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die Rente - als "spektakulär" bezeichnet. Er dagegen halte diese Positionen nicht für spektakulär, sondern sehe darin einen zentralen Punkt in der Diskussion über das Ehrenamt. Es reiche nämlich nicht, nur darüber zu reden, sondern man müsse schon überlegen, wie der Staat Rahmenbedingungen verändern könne, um die Attraktivität des Ehrenamtes zu erhöhen.

Aufgabe der Politik sei es auch, Sorge dafür zu tragen, daß nicht bestimmte Gruppen von der Gesellschaft ausgenutzt würden. Seiner Meinung nach - und dies sei auch sein Ansatz für die Forderung nach einer Anrechnung auf die Rente - werde unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen das Ehrenamt heute ausgenutzt, auch wenn es der Übungsleiter subjektiv vielleicht nicht so empfinde. Ein Beispiel seien die Eltern, die für einen geringen Monatsbeitrag ihr Kind beim Sportverein stundenlang "abliefern", um allein anderen Dingen nachgehen zu können.

Auch die Kommunen nutzten das Ehrenamt mit der Erhebung von Hallenbenutzungsgebühren aus: Die Ehrenamtlichen müßten diese Gebühren von den Teilnehmern einziehen, damit sie überhaupt noch ehrenamtlich tätig sein könnten. Wenn sie die Einziehung der Gebühren unterließen, würden ihre Kurse gesperrt. Dies sehe er als schizophren an.

Auch wenn es im Moment nicht durchsetzbar sei, müsse man doch darüber nachdenken, ob nicht die Solidargemeinschaft, die vom Ehrenamt - und das beileibe nicht nur im Sport - lebe und es, wenn auch nicht bewußt, aber doch objektiv ausnutze, nicht verpflichtet sei, die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern. Und da das Ehrenamt nicht bezahlt werden dürfe, sei eine Regelung zum Beispiel über Anrechnungszeiten auf die Rente denkbar.

Er halte es für sinnvoll, über diesen Ansatz immer wieder zu diskutieren, weil das dazu beitrage, die Bedeutung des Ehrenamtes für die Solidargemeinschaft in besonderer Weise herauszustellen. Der Staat dürfe nicht tatenlos zusehen, daß 65 Millionen Menschen die

Hände in den Schoß legten und sich die anderen ohne jede Anerkennung für die Gemeinschaft abrackerten.

Inzwischen hätten auch andere, wie Umweltministerin Angela Merkel und die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Hanna-Renate Laurien, diesen Gedanken übernommen. Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sei einer Diskussion darüber nicht abgeneigt, wenn er auch einen anderen Ansatz verfolge.

Heidi Berger (SPD) ist dafür, die Diskussion über das Ehrenamt noch einmal in aller Sorgfalt zu führen. Die Frage einer Anrechenbarkeit auf die Rente habe allerdings mit dem Landeshaushalt direkt nichts zu tun, sondern müsse auf Bundesebene geklärt werden.

Wenn sie die vergangene Legislaturperiode betrachte, dann sei der Sport bei all den vollzogenen Haushaltsoperationen doch ganz gut weggekommen und habe im Gegensatz zu anderen Bereichen, die sehr viel stärkere Einschnitte hätten hinnehmen müssen, nur minimale Kürzungen verkraften müssen. Das stelle sich auch im diesjährigen Haushalt wieder so dar.

Es sei schon ganz beachtlich, daß die Übungsleiterzuschüsse in Höhe von 23 Millionen DM im Landessportplan direkt und noch einmal 2 Millionen DM über das GFG hätten beibehalten werden können, was schon im letzten Jahr schwer durchzusetzen gewesen sei.

Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die einzelnen Fachausschüsse auf ihrer kleinen Insel säßen und stets nur an das für sie Wünschbare dächten, daß aber am Ende in der Gesamtsicht alle einzelnen Bedürfnisse zu einem funktionierenden Ganzen zusammengeführt werden müßten. Bei dieser Gelegenheit erinnert sie daran, daß sich die CDU-Fraktion im Sportausschuß anläßlich der vorjährigen Haushaltsberatungen bei der Abstimmung über eine Erhöhung der Übungsleiterpauschale der Stimme enthalten habe, weil sie Schwierigkeiten mit ihren Haushaltspolitikern bekomme habe.

Man werde sich in den nächsten Jahren daran gewöhnen müssen, daß Verbesserungen in der Politik nicht notgedrungen etwas mit Geld zu tun haben müßten. Ihres Erachtens lasse sich zum Beispiel durch die organisatorische Zusammenlegung von Stadtentwicklung, Kultur und Sport auch ein qualitativer Sprung erreichen.

In Essen beispielsweise sei ein neues Gebiet geplant worden, ohne dabei an Sport und Bewegung zu denken. Durch eine stärkere Zusammenarbeit der Stadtplaner mit dem Sport hätte man eher ein Bewußtsein dafür wecken können, daß auch der Sport berücksichtigt werden müsse. Hieran zeige sich, daß Politik unter Umständen auch ohne Geld möglich sei.

Leonhard Kuckart (CDU) gibt zu bedenken, daß für den Sportstättenbau Anfang der 80er Jahre knapp 250 Millionen DM zur Verfügung gestanden hätten und daß dieser Betrag bis jetzt auf ein Drittel zurückgefahren worden sei, obwohl der Sport ständig an Bedeutung zugenommen habe. Er halte dies für einen Skandal. Man sollte also nichts gesundreden, was nicht gesund sei. Allein mit dem Hinweis darauf, daß kein Geld vorhanden sei, könne man alles erschlagen.

Alle klatschten Beifall, wenn LSB-Präsident Winkels - zu Recht - feststelle, daß Sportstätten genauso wichtig seien wie Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten. 1999 laufe das in diesem Jahr mit 320 Millionen DM dotierte Kindergartensonderprogramm aus. Wenn Sport wirklich so wichtig sei, wie allenthalben gesagt werde, dann frage er, was es denn vorschläge, die Mittel dieses 1999 auslaufenden Sonderprogramms für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen einzusetzen.

Schließlich brauchten die Menschen, die man dazu bringen wolle, sich zu bewegen, dafür die entsprechenden Sportanlagen. Andernfalls könne man sie nicht mehr unterbringen und führe sie in eine "strukturell bedingte Bewegungslosigkeit".

Er fordere die SPD auf, aus den von ihm zitierten Äußerungen des Ministerpräsidenten die Konsequenzen zu ziehen; denn es gebe schon Geld, wenn man etwas politisch wolle.

Dr. Hans Kraft (SPD) geht auf die Ausführungen von Leonard Kuckart (CDU) ein und betont, daß er schon anderes zu tun habe, als nur der Landesregierung auf die Schultern zu klopfen. Er habe das Gute und das weniger Gute miteinander abgewogen und sei zu der Erkenntnis gekommen, daß der Start für diese Ministerin gelungen sei; denn angesichts der Haushaltslage hätte alles viel schlimmer kommen können.

Wenn Abgeordneter Kuckart (CDU) allgemein davon rede, es könnte alles ganz anders und viel besser sein, dann bitte er um konkrete Angaben, was genau von der Sportpolitik besser gemacht werden könnte, ohne dafür mehr Geld auszugeben. Denn auch als Optimist gehe er nicht davon aus, daß noch größere Steigerungen der Ansätze zu erwarten seien. Dabei habe er allerdings auch schon angekündigt, daß seine Fraktion über die Kürzung um 3 Millionen für den Sportstättenbau noch nachdenken werde.

Den Gedanken, einmal grundsätzlich über das Ehrenamt zu diskutieren, begrüßt **Hermann Jansen (SPD)**. Er rate jedoch davon ab, der Solidargemeinschaft, die schon mit der Finanzierung der deutschen Einheit unrechtmäßig belastet worden sei, irgendwelche weiteren Lasten aufzubürden. Wenn man - der auch von ihm für richtig gehaltenen - Auffassung sei, daß der Staat das Ehrenamt hervorheben sollte, dann müßten an möglicherweise dadurch entstehenden Kosten alle und nicht nur die Solidargemeinschaft beteiligt werden.

Dem Lob der Veröffentlichungen der Sportabteilung könne er sich nur anschließen, erklärt **Vorsitzender Uwe Herder**. Eine Veröffentlichung jedoch gefalle ihm überhaupt nicht, was er MD Dr. Eulerling aber auch habe wissen lassen. Es gehe dabei um ein Forum, das sich mit Städtebau und Sport befaßt habe. Daraus könne man ersehen, daß die Städteplaner nicht fähig seien, mit den Worten "Sport, Freizeit und Bewegung" etwas anzufangen, und daß sie dafür auch nichts übrig hätten.

Von daher freue er sich über die neue Konstruktion des Ministeriums mit der Verbindung von Städtebau, Sport und Kultur, weil er hoffe, daß sich daraus eine Verbindung ergebe und man von dem reinen "Schubladendenken" wegkomme.

Schwierig werde der Prozeß trotzdem sein, denn neue Städte würden kaum noch gebaut. Vielleicht aber könne man einen gewissen Umbau, ein Umgestalten erreichen. Falls es gelänge, eine neue Philosophie zu erzeugen, daß Wohnen in Städten, Vororten, Wohnbezirken und die Freizeit eine Einheit bilden müßten, dann wäre schon viel gewonnen.

Wenn Abgeordneter Kuckart beklage, daß zuwenig für den Sport getan worden sei, dann weise er darauf hin, daß der Sportausschuß - auch wenn die Ansätze Anfang der 80er Jahre zugegebenermaßen höher gewesen seien - in den letzten Jahren des öfteren gegen den Willen der Landesregierung zusätzliches Geld für den Sportstättenbau habe erstreiten können. Eine der besten Taten sei es gewesen, daß es gelungen sei, zu einem Zeitpunkt, als generell im Haushalt gekürzt worden sei, die Übungsleiterzuschüsse um 7 Millionen DM zu erhöhen. Es sei also schon eine Menge für den Sport bewirkt worden.

Er hätte sich auch mehr gewünscht als "nur" ein Überrollen der Haushaltsansätze. Aber in der gegebenen Haushaltssituation freue er sich darüber, daß die Ansätze bei den Übungsleitern wenigstens überrollt worden seien.

Ministerin Ilse Brusis räumt ein, daß man als Mitglied einer Regierung sowohl Lob als auch Kritik ertragen müsse. Eines aber sage sie deutlich an die Adresse der Opposition: Als sie 1990 das Ministerium für Bauen und Wohnen übernommen habe, habe sie sich fünf Jahre lang von der Opposition anhören müssen, sie sei nur ein "Versorgungsfall". Einige hätten auch geäußert, das Ministerium sei nur eingerichtet worden, um mehr Frauen im Kabinett zu haben und damit der Frauenquote besser zu entsprechen.

Nach ihrer Überzeugung - so betont sie unter Zustimmung der Abgeordneten der SPD-Fraktion -, habe sie sich mit den Ergebnissen dieses Ministeriums durchaus sehen lassen können. Deshalb sollte die Opposition bei der weiteren Diskussion über das neue Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport aufhören, diese Diskussion mit weiteren Diffamierungen zu verbinden. Bisher sei sie noch nie ein Versorgungsfall gewesen. Sie sei gern bereit, sich mit der Opposition über jede Fachfrage zu streiten, aber dabei müsse man auf der fachlichen Ebene bleiben.

Im Zusammenhang mit dem Ehrenamt habe sie in ihren grundsätzlichen Ausführungen am 9. Oktober von spektakulären Forderungen gesprochen, die im Raume stünden. Sie habe nun - ihrer Erinnerung nach von Frau Dr. Schrap - gelesen, man sollte über eine Vergütung des ehrenamtlichen Engagements und eine zusätzliche Anrechnung auf die Rente nachdenken. Sie sei bereit, auch diese Fragen zu prüfen, halte aber von einer Vergütung des Ehrenamtes nicht sehr viel, weil sie fürchte, daß damit das Ehrenamt unterminiert werde: wenn man es vergüte, sei es eben kein Ehrenamt mehr.

Sie sei auch in Sorge, wenn die Diskussion über das Ehrenamt unter einem Aspekt geführt werde, wie es der Abgeordnete Kuckart (CDU) soeben getan habe, daß nämlich einige in unserer Gesellschaft ausgenutzt würden. Ihres Erachtens seien viele ehrenamtlich Tätige in den Sportvereinen, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ehrenamtlich tätig, weil sie an der Sache interessiert seien und sich für die Gesellschaft engagieren wollten. Sie selbst fühlten sich gar nicht ausgenutzt, würden sich aber möglicherweise bald so fühlen, wenn die Politiker diese Diskussion anfangen und ihnen das einredeten. Damit machte man das Ehrenamt wirklich kaputt.

Aufgabe der Politik sei es, den Ehrenamtlichen für ihr Engagement dankbar zu sein und ihnen dort zu helfen, wo es möglich sei, damit sie ihr Engagement entfalten könnten. Sie hielte es für außerordentlich bedauerlich und für einen Rückschritt im Hinblick auf die demokratische Entwicklung, wenn man anfinde, das Ehrenamt zu unterminieren.

Auch über die Anrechnung auf die Rente sei sie zur Diskussion bereit. Dankenswerterweise habe aber der Abgeordnete Jansen (SPD) die Frage aufgeworfen, ob denn wieder einmal die Solidargemeinschaft belastet werden solle.

Wenn es endlich einmal gelingen würde, eine einheitliche Altersrente für Beamte, Angestellte und Arbeiter einzuführen und damit die Solidargemeinschaft auf breitere Füße zu stellen, dann könnte man sich vielleicht auch eine solche Diskussion leisten. Unter den gegebenen Umständen aber wisse sie nicht, wie eine Anrechnung des Ehrenamtes auf die Rente finanziert werden sollte. Sie glaube auch nicht, daß Bundesarbeitsminister Blüm dazu eine Möglichkeit sehe.

Sie vermöge demzufolge nicht den Sinn einzusehen, darüber jetzt eine Diskussion in der Öffentlichkeit zu entfachen und damit Hoffnungen zu wecken, die anschließend enttäuscht werden müßten, weil alle miteinander keine Finanzierungsmöglichkeit anbieten könnten. Eine solche Art, Politik zu betreiben, liege ihr nicht. Man sollte schon realistische Maßnahmen ins Auge fassen und versuchen, denen, die sich ehrenamtlich engagieren wollten, dies zu ermöglichen und zu erleichtern.

Wenn Abgeordneter Kuckart (CDU) davon gesprochen habe, die Zukunftsforen hätten wahrscheinlich nur Öffentlichkeitswirkung, dann halte sie dem entgegen, daß sie sich genau diese Öffentlichkeitswirkung für den Sport erhoffe. Im Hinblick auf die politische Auseinandersetzung um die Notwendigkeit des Sports und die Ressourcen, die dafür zur Verfügung gestellt werden müßten, seien eine solche Diskussion und Öffentlichkeitswirkung wichtig; denn man brauche Verbündete und die öffentliche Aufmerksamkeit für die Fragen des Sports.

Falls so etwas für das Jubiläumsjahr des Landes nicht geplant worden wäre, hätte die Opposition ihr mit Sicherheit - und das dann zu Recht! - eine Vernachlässigung des Sports vorgeworfen, die man sich nicht leisten dürfte. Der Sport müsse also im Jubiläumsjahr vorkommen, und mit den Zukunftsforen für den Sport habe er einen guten Stellenwert im Rahmen der Veranstaltungen.

Wer heute noch glaube, daß sich Perspektiven nur entwickeln ließen und man nur noch dann vorwärtskommen könne, wenn man zusätzliches Geld zur Verfügung stelle, der habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Und wer mit dem neuen Ministerium nur die Vorstellung verbinde, es gäbe dort mehr Geld für den Sport, mehr Geld für die Kultur und mehr Geld für die Stadtentwicklung, der liege mit seinen Vorstellungen falsch. Dieses Ministerium sei vielmehr deshalb und auch in dieser Kombination gegründet worden, weil die finanziellen, aber auch die kreativen Potentiale aus diesen drei Bereichen zusammengeführt werden sollten, um daraus etwas Neues und Vernünftiges zu entwickeln.

Es sei etwas Wahres an dem, was ihr neulich bei einer Veranstaltung gesagt worden sei, daß nämlich, wenn kein Geld mehr da sei, das Denken wieder anfinde. Man müsse sich wieder angewöhnen, stärker all das vorhandene innovative und kreative Potential zusammenzutragen, um Lösungen für die Probleme zu finden, die nicht unbedingt nur immer etwas

mit Geld zu tun hätten. Wer heute noch mehr Geld zusage, der mache den Menschen etwas vor, und dazu sei sie nicht bereit.

Gerade in der Verbindung von Stadtentwicklung und Sport gebe es ihrer Meinung nach eine Menge Möglichkeiten, die in beiden Bereichen vorhandenen finanziellen Ressourcen so vernünftig zusammenzuführen, daß dabei für den Sport etwas Neues, Nützliches und Kreatives herauskomme.

Man könne wahrscheinlich sogar manches tun, ohne daß es viel Geld kosten müsse. Zum Beispiel gebe es im Lande viele Brachflächen, die nicht alle kurzfristig mit Wohnungen bebaut oder für Gewerbeansiedlungen genutzt werden könnten. Sie sollten für die Bewegung genutzt werden. Das müßten nicht alles teure Sportanlagen werden, sondern es gebe, wenn man kreativ sei, auch viele andere Möglichkeiten.

Bei der Zusammenarbeit von Stadtplanern und dem Sport würden nach ihrer Überzeugung Ideen geboren werden, bei denen man sich noch wundern werde, mit wie wenig Geld man etwas bewirken könne. Man müsse sich nur einmal die Situation vor Ort genauer ansehen.

Das gelte im übrigen nicht nur für Brachflächen, sondern auch für viele Stadtviertel, in denen man bei genauem Hinsehen Ideen entwickeln werde, deren Umsetzung es ermöglichen werde, wohnungsnah mehr Spiel und Bewegung anzubieten. - Dies sei die Aufgabe des neuen Ressorts, und auf diese Weise werde man in den nächsten Jahren einiges miteinander entwickeln können.

Es treffe zu, daß die Sportstättenförderung in den letzten Jahren stark zurückgefahren worden sei, was man natürlich bedauern könne. Andererseits müsse man einsehen, daß die Haushalte in vielen Bereichen stark zurückgefahren worden seien, in denen man es auch bedauere. Das betreffe nicht nur die Landeshaushalte, sondern auch die kommunalen Haushalte und den Bundeshaushalt.

Man könne es sich dabei nicht so leicht machen wie die Opposition, einfach nur zu sagen, man könnte schon alles finanzieren, wenn nur der politische Wille vorhanden wäre.

Daß Anfang der 80er Jahre mehr Mittel für den Sportstättenbau zur Verfügung gestanden hätten, habe sicher auch etwas damit zu tun, daß man sich damals noch in einer Ausbauphase befunden habe. Aber es seien auch noch mehr öffentliche Mittel verfügbar gewesen. Jetzt stehe man in einer anderen Situation und müsse zusehen, wie man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zurechtkomme.

Die Krankenhäuser, deren Kapazitäten ja gerade verringert würden, gegenwärtig als Beispiel anzuführen, halte sie nicht für sehr glückt.

Sie sehe auch nicht, daß eine geringere Förderung der Sportstätten der Vereine zu einer "strukturell bedingten Bewegungslosigkeit" führe. Sie glaube vielmehr, daß durch die Verbindung mit der Stadtentwicklung dem Bürger neue Bewegungsmöglichkeiten eröffnet würden - aber das, wie schon gesagt, nicht mit viel Geld!

Leonhard Kuckart (CDU) stellt klar, daß er sowohl im Plenum als auch hier im Sportausschuß das neue Ministerium begrüßt und im Gegensatz zum Fraktionsvorsitzenden der CDU auf die Chancen hingewiesen habe, die er in diesem Ministerium sehe.

Es gebe keinen Dissens darüber, daß ehrenamtliche Tätigkeit nicht vergütet werden solle. Richtig sei aber auch, daß es in Bereichen unserer Gesellschaft für ehrenamtliche Tätigkeit Aufwandsentschädigung gebe, zum Beispiel für kommunale Mandatsträger. Auch für die Übungsleiter gebe es eine steuerfreie Pauschale von 200 DM monatlich, mit der versucht werde, den Aufwand der Übungsleiter auszugleichen.

Für ihn sei nicht einsehbar, daß ein ehrenamtlich Tätiger neben seinem Arbeitseinsatz auch noch bares Geld mitbringen müsse. Eine Statistik besage, daß jeder ehrenamtlich Tätige im Durchschnitt 122 DM monatlich aufwenden müsse, um ehrenamtlich tätig sein zu können.

Dies dürfe den Staat nicht unbeeindruckt lassen. Wenn die Gesellschaft, objektiv gesehen, dabei sei, das Ehrenamt auszunutzen, dann müsse der Staat wie in anderen Bereichen auch, wo es um Benachteiligungen gehe, ordnend eingreifen und für Abhilfe sorgen.

Bundesarbeitsminister Blüm neige mehr der Ansicht der Sportministerin und des Abgeordneten Jansen (SPD) zu, sei aber nicht grundsätzlich dagegen, neben dem Beitrag einen Zusatzbeitrag für eine Rente zu erheben. Er, Kuckart, bilde sich nicht ein, schon eine optimale Lösung anzubieten, aber doch wenigstens einen Ansatz, von dem er glaube, daß er richtig sei.

Er könne sich nicht vorstellen, daß bei den Zukunftsforen Großartiges herauskommen werde und daß sie tiefer in die Zukunft hineinschauen könnten, als es etwa MDgt Dr. Eulerling oder Professor Rittner von der Deutschen Sporthochschule könnten, die sich täglich mit diesen Fragen beschäftigten und sicherlich den besseren Überblick hätten, was getan werden könnte. Nach seiner Überzeugung komme es darauf an, gewisse Dinge in die Praxis umzusetzen, und daran hapere es.

Was den Vergleich mit den Krankenhäusern betreffe, so habe er sich lediglich der Auffassung von LSB-Präsident Winkels angeschlossen, der gesagt habe, daß Sportanlagen für die Infrastruktur genauso wichtig seien wie Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten. Es werde zu einer bewegungslosen Gesellschaft führen, wenn man den Bürgern nicht den notwendigen Bewegungsraum zur Verfügung stelle.

Er habe Zweifel, daß es der Ministerin gelingen werde, Bewegungsräume in den zubetonierten Städten zu schaffen. Wenn es hier und da noch Lücken gebe, dann seien sie mit Altlasten verseucht, von denen Gesundheitsgefährdungen ausgingen. Zumindest in fünf Jahren werde das, was die Ministerin die "Revitalisierung der Städte" genannt habe, nicht zu erreichen sein.

Ministerpräsident Rau habe 1990 verkündet, daß 125 000 Kindergartenplätze gebaut werden sollten. Dafür seien in einer großen Kraftanstrengung 1994 240 Millionen und 1995 320 Millionen DM vom Land bereitgestellt worden. Das zeige, daß man schon politische Prioritäten setzen könne.

Wenn also SPD und CDU davon überzeugt seien, daß Sportanlagen generell - dabei gehe es nicht nur um normierte - so notwendig seien wie Kindergärten, dann müsse es möglich sein, diese Kraftanstrengung fortzusetzen, um den Nachholbedarf zu decken und bestehende Anlagen zu sanieren.

Er stimme zwar der Auffassung zu, daß es nicht immer nur um Geld gehe; aber für bestimmte Dinge sei eben auch Geld nötig; denn Sport brauche Raum, und dieser Raum müsse im allgemeinen auch ein wenig gestaltet werden.

Er biete der Ministerin, deren Ressort er nicht für überflüssig halte, sondern das er begrüße, eine konstruktive Zusammenarbeit an und hoffe, daß etwas Kreatives dabei herauskommen werde, daß aber auch mit etwas mehr Geld die Umsetzung von Ideen ermöglicht werde.

Zu den Zukunftsforen macht **Johann Krings (SPD)** geltend, daß man bei aller Wertschätzung der Sportabteilung des Ministeriums doch nicht auf den Dialog mit den gesellschaftlichen Kräften verzichten sollte. Da auch die Opposition dazu eingeladen sei, könnten sicher alle Seiten davon profitieren.

Die verschiedenen Denkansätze zum Ehrenamt müsse man einmal sorgfältig sozialpolitisch und ordnungspolitisch durchdenken. Jedenfalls dürfe nicht ein zweiter Arbeitsmarkt oder ein ergänzender, finanziell etwas aufgebesserter Vorruhestand daraus werden. Es solle ein echtes Ehrenamt bleiben, für das man möglicherweise in Form einer Flexibilisierung der Arbeitszeit etwas tun könnte.

Was die Sportstättenförderung angehe, so seien die Kindergärten kein gutes Beispiel; denn hier habe der Bundesgesetzgeber eine Aufgabe formuliert, die die Kommunen hätten bezahlen müssen. Das Land könne zwar in einer Kraftanstrengung finanzielle Prioritäten setzen, müsse dabei aber bedenken, daß die Kommunen die Komplementärfinanzierung erbringen müßten, womit sie zum großen Teil überfordert wären. Man dürfe Prioritäten also nur in dem Umfang setzen, in denen die anderen Beteiligten mithalten könnten.

Zu den Sportstättenbaumitteln macht **Staatssekretär Dr. Baedeker (MSKS)** darauf aufmerksam, daß zugegebenermaßen der Sportstättenbau im Rahmen des Schulbauprogramms im Landessportplan mit einem Minus von 1,1 Millionen DM erscheine; tatsächlich aber sei diese Zahl überholt, weil sich die im GFG vorgenommene deutliche Erhöhung der Schulbaumittel im Landessportplan, aus welchen Gründen auch immer, nicht niedergeschlagen habe. Die Landesregierung gehe von einem Anteil von etwa 10 % für Sportstätten aus, so daß es hierbei in Wirklichkeit nicht ein Minus von 1,1 Millionen, sondern ein Plus von 1,86 Millionen DM gebe.

Der **Vorsitzende** betont, man müsse darauf achten, daß die Bezirksregierungen diese Mittel auch tatsächlich für Sportstätten einsetzen. Mit der Bezirksregierung Düsseldorf habe er im Haushaltsjahr 1995 in dieser Richtung große Schwierigkeiten gehabt.

Was den um 3 Millionen DM gekürzten Ansatz beim Sportstättenbau für die Vereine angehe, so trifft es nach den Worten von **Staatssekretär Dr. Baedeker (MSKS)** zu, daß die Mittel aus dem GFG und dem Einzelplan 15 aus rechtstechnischen Gründen nicht deckungsfähig gemacht werden könnten. Nach § 42 GFG gebe es aber die Möglichkeit, daß Ge-

meinden Geld, das sie selber für bestimmte Aufgaben nicht in Anspruch nähmen, an Dritte weitergeben, wenn diese an sich von den Gemeinden wahrzunehmende Aufgaben erfüllten.

In der jetzigen Situation täten sich Gemeinden in der Tat gelegentlich schwer, ihren Eigenanteil zu erbringen, so daß sich diese Regelung auch beim Sportstättenbau der Vereine niederschlagen könnte, was in diesem Jahr auch schon geschehen sei und was über die Regierungspräsidenten laufe.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über Phantasie und Kreativität habe die Führungsspitze des Ministeriums beim gestrigen Besuch des Landschaftsparks Duisburg-Nord zwei Beispiele dafür geliefert bekommen, was man auch ohne viel Geld tun könne: In einem alten Gasometer werde ein Sporttaucherzentrum mit einem 13 Meter tiefen Wasserbecken errichtet, und in einem alten Thyssen-Hochofen sei ein Kletterzentrum entstanden, in dem 2 600 Alpenvereinsportler ihrem Sport nachgingen, für den sie aus Naturschutzgründen in der freien Natur immer weniger Möglichkeiten fänden.

Angesichts der Diskussion über die Zukunftsforen erinnere er an die in der vergangenen Woche im Landtag geführte Schulsportdebatte, in der die Notwendigkeit deutlich geworden sei, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, daß auch Eltern den Schulsport für sinnvoll und wichtig hielten. Wenn die Zukunftsforen dazu beitragen könnten, das gesellschaftliche Bewußtsein für den Wert des Sports wieder zu stärken, dann werde man auch derartige Debatten über den Sinn von Schulsport nicht mehr führen müssen. Auch das wäre schon ein Erfolg solcher Foren.

Heinrich Dietmar Borcharding (SPD) hält es mit Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse für Freizeit, Sport und Erholung in den einzelnen Regionen des Landes für durchaus angebracht, in den jeweiligen Regionen oder Städten Zukunftsforen durchzuführen.

Wenn hier die fahrradfreundliche Stadt, dort die autofreundliche Stadt und anderswo vielleicht die umweltfreundliche Stadt gepriesen werde, dann gehe daraus hervor, daß die Städteplaner irgend etwas bauten, ohne die Ganzheitlichkeit im Auge zu haben. Insofern könnten die Foren der Darstellung der Lebensqualität in den Regionen dienen.

Es müsse einmal genau definiert werden, was mit "Ehrenamt" eigentlich gemeint sei: die beim Kneipp-Verein tätige Übungsleiterin, der Übungsleiter in einem Einspartenverein, der Übungsleiter in der Jugend- und Kinderarbeit, der Funktionär oder wer sonst?

Man müsse auch berücksichtigen, daß sich die Gesellschaft in bezug auf das Arbeitszeitkontingent und das Freizeitkontingent ganz anders entwickle, daß sich diese Bereiche stärker vermischten. Das heiße gerade auch für das Ehrenamt und den Sport, ganz andere Angebote zu ganz anderen Zeiten vorzuhalten.

Dies führe zunehmend zu der Erkenntnis, daß man das Ehrenamt nur beibehalten könne, wenn man auch etwas Hauptamtlichkeit hinzubekomme. Diese Hauptamtlichkeit habe das Ehrenamt zu stärken, indem die Rahmenbedingungen verbessert oder bestimmte Aufgaben nicht mehr vom Ehrenamt wahrgenommen würden. Aus Erfahrung wisse er, daß im Kreis Minden-Lübbecke das Projekt "Breitensport" ohne Hauptamtlichkeit nicht funktioniert hätte. Über diese Thematik müsse man auch einmal mit dem LSB sprechen.

Was die 2 Millionen DM Übungsleiterzuschüsse aus dem GFG betreffe, so hätten offensichtlich hier und da die Kämmerer zunächst einmal versucht, das Geld in die eigenen Haushalte hineinzubekommen, und es hätte erst eines Nachhakens bedurft, um das Geld schließlich doch dem Sport zukommen zu lassen.

Im Zusammenhang mit den mehrfach angesprochenen Kindergärten werde man sich Gedanken darüber machen und auch mit dem MAGS darüber reden müssen, inwieweit nicht beispielsweise die Erzieherinnen und Erzieher befähigt werden könnten, mit den Kindern Sport im Kindergarten zu betreiben.

Auch Sportvereine und Betriebe sollten zunehmend zusammenarbeiten. Derzeit laufe hierzu ein Modellversuch mit dem Landessportbund und dem jetzigen Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

Er trete dafür ein, die beispielhaft angesprochenen Themen im Interesse des Sports in einer großen Sportfraktion anzupacken.

Vorsitzender Uwe Herder weist darauf hin, daß trotz unterschiedlicher Auffassungen im Detail die Fraktionen im Sportausschuß in der Vergangenheit sehr gut zusammengearbeitet hätten. Er gehe davon aus, daß die "Sportfraktion" nach wie vor bestehe.

Bodo Champignon (SPD) unterstreicht die Ausführungen des Vorsitzenden.

Die Beiträge des Abgeordneten Kuckart (CDU) erschienen ihm bei aller persönlichen Wertschätzung des Abgeordneten zumindest punktuell als "schizophren". Einerseits habe er die verengte Brille des Sportpolitikers getragen, der weit und breit nichts anderes sehe als Sport. Andererseits habe er nichts Vergleichbares zum Vergleich herangezogen.

Wenn nämlich das Ehrenamt im Sport anders honoriert werden solle als gegenwärtig, dann reklamiere er sowohl als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales wie auch als ehrenamtlicher Vorsitzender eines Spitzenverbandes der Wohlfahrtspflege, daß das Ehrenamt in der Wohlfahrtspflege, in den Kirchen, bei Elterninitiativen und anderen, die sich für die Gesellschaft engagierten, in gleicher Weise honoriert werde. Er gebe zu bedenken, welcher Aufwand zur Herstellung dieser Vergleichbarkeit erforderlich wäre.

Wer die derzeitige Finanzsituation in Bund und Land nicht realistisch einschätze, der ignoriere den wesentlichen Tatbestand von Politik, daß auch irgendwo Geld gebraucht werde. Wenn man wisse, daß der Finanzminister die Haushaltssperre aufgrund zwingender Notwendigkeiten ausgesprochen habe, daß die Realität durchaus auch einmal von den Steuerschätzungen abweichen könne und daß erschwerend hinzukomme, daß Nordrhein-Westfalen im Länderfinanzausgleich unerwartet zu höheren Zahlungen herangezogen werde, dann müsse man eine neue Bescheidenheit an den Tag legen und mit frischem Geist und kreativem Denken versuchen, das Beste aus der Situation zu machen, wozu schon einiges gesagt worden sei, was er nicht zu wiederholen brauche.

Heidi Berger (SPD) berichtet, daß sie sich ab 1982 in einer Arbeitsgruppe aus dem sozialen Bereich sehr intensiv mit dem Ehrenamt beschäftigt habe. Damals habe man festgestellt, daß

es in der Bundesrepublik so gut wie keine Ehrenamtsforschung gebe, und habe selbst ein kleines Projekt durchgeführt, dessen Ergebnisse später in einer Schriftenreihe des Gleichstellungsministeriums veröffentlicht worden seien.

Was die Definition angehe, so könne man unter "Ehrenamt" alles fassen, was bürgerschaftliches Engagement sei. In vielen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements sei das Ehrenamt unbezahlte Arbeit. Bezahlte Ehrenämter gebe es zum Beispiel in Aufsichtsräten. In der sozialen Arbeit habe man immer wieder festgestellt, daß eine Bezahlung nicht unbedingt dazu führe, ein Ehrenamt aufzubauen; vielmehr werde ein Ehrenamt durch die Einstellung bezahlter Kräfte letztlich sehr oft zerschlagen.

Ein Ergebnis der oben geschilderten Arbeit sei gewesen, daß man ein Ehrenamt nur leisten könne, wenn man eine Existenzgrundlage, also ein gesichertes Einkommen, habe. Dieses gesicherte Einkommen könne nicht durch ehrenamtliche Arbeit ersetzt werden. Jeder Einstieg in eine Bezahlung des Ehrenamtes würde genau diese Grenze verwischen. Man müsse sich davor hüten, in einer Zeit, in der es immer schwieriger werde, Arbeit für die Menschen zu finden, einen Teil dieser Menschen unter Umständen auf die dann niedrigst-bezahlte "ehrenamtliche" Arbeit - die es dann ja nicht mehr wäre - zu verweisen.

Vor diesem Hintergrund sei auch die Diskussion über eine Rente zu führen. Eine existenzsichernde Rente könne im herrschenden Gesellschaftssystem nur jemand erreichen, der zuvor ein existenzsicherndes Einkommen gehabt habe; mit Ehrenämtern sei dies nicht zu schaffen. Von daher sollte man die Grenze zwischen Arbeit und Existenzsicherung auf der einen Seite sowie bürgerschaftlichem Engagement auf der anderen Seite, zu dem jeder nur aufgerufen sein könne, nicht verwischen.

Es gebe sicherlich viele Wege, das bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern und dazu zu ermuntern. Eine Anerkennung im Rahmen von beruflichen Tätigkeiten könnte ihres Erachtens ein Weg sein. Sie fände es spannend, darüber einmal unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu diskutieren und dazu Vorstellungen zu entwickeln.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU) verweist auf die Diskussion um das Ehrenamt in der letzten Legislaturperiode und macht deutlich, daß die CDU nicht nur das Ehrenamt im sportlichen Bereich, sondern auch in allen anderen Bereichen im Blick habe. Aus mehrjähriger Erfahrung als Vereinsvorsitzender wisse er, daß diejenigen, die ehrenamtliches Engagement ausübten, erhebliche zusätzliche Kosten aus eigener Tasche zu tragen hätten. Von daher führe die CDU die Diskussion, welche finanziellen Anreize zusätzlich gewährt werden könnten.

"Sport und Umwelt" sei ein Aspekt, der in der heutigen Diskussion noch gar nicht zur Sprache gekommen sei. Es gebe Diskussionen um neue Sportanlagen, beispielsweise auch um die Einrichtung von Golfplätzen. Vielleicht könne die Ministerin, die vorhin die Flächennutzung für sportliche Betätigung vor Ort angesprochen habe, aus ihrer Sicht zur Prioritätensetzung oder zum partnerschaftlichen Miteinander von Sport und Umwelt noch etwas sagen.

Man müsse, so erläutert **Leonhard Kuckart (CDU)**, selbstverständlich definieren, welches Ehrenamt unter Umständen Ansprüche erhalte und welches nicht. Ihm gehe es darum, wo das Ehrenamt ausgenutzt werde. Dies treffe für den sozialen Bereich sicherlich genauso zu wie für den Sport. Im sozialen Bereich betrage der Anteil der Frauen an der ehrenamtlichen Tätigkeit sogar 80 %. Deshalb habe die Friedrich-Ebert-Stiftung dafür auch eine Mindestrente verlangt; während er, Kuckart, nur für Anrechnungszeiten eintrete. Tatsache sei, daß die Männer ihre beitragsbezogene Rente erhielten, während die ehrenamtlich Tätigen - im sozialen Bereich also ganz überwiegend die Frauen - für ihre Leistung von der Solidargemeinschaft in keiner Weise honoriert würden. Es gehe dabei nicht darum, von der Rente leben zu können, sondern es gehe nur um eine Anerkennung.

Die Sportfraktion halte er im Grundsatz für gut. Allerdings könne man sie nur reklamieren, wenn der CDU die Chance eingeräumt werde, sich darin wiederzuerkennen.

Hinsichtlich der Kindergärten wiederholt er seinen Hinweis, daß er LSB-Präsident Winkels zitiert habe, dem, als er die diesbezüglichen Ausführungen gemacht habe, alle Beifall gezollt hätten.

Im Zusammenhang mit dem Thyssen-Gelände habe er die große Hoffnung, daß der Staatssekretär in seiner neuen Aufgabe alles daransetzen werde, daß nicht die Umweltschützer den Kletterern die Ausübung ihres Sportes mit dem Hinweis darauf streitig machen, daß durch das inzwischen gewachsene Grün dort irgendein Biotop entstanden sei.

Dr. Hans Kraft (SPD) unterstreicht den Vorschlag der Abgeordneten Berger (SPD), das Thema "Ehrenamt" noch einmal gesondert zu diskutieren.

Diejenigen, die ein Ehrenamt ausübten, täten dies zunächst einmal, weil sie es für sich als Ehre empfänden, eine solche Tätigkeit ausüben zu dürfen. Der Dank derjenigen, zu deren Nutzen das Ehrenamt wahrgenommen werde, bestehe in der Regel nicht darin, daß sie dem ehrenamtlich Tätigen Geld gäben, sondern daß sie ihm ein ehrendes Ansehen verschafften.

Diejenigen, die eine Vergütung dafür forderten, treibe die Sorge um das Ausmaß, um die vielen Stunden, die die Ausübung eines Ehrenamtes erfordere. Dies gehe weit über das hinaus, was man sich früher darunter vorgestellt habe. Und in der Tat dürfe es auch nicht so sein, daß die Ausübung eines Ehrenamtes das Privileg reicher Leute werde, die es sich erlauben könnten, auch noch als "Wohltäter" aufzutreten. Vielmehr müsse die Wahrnehmung eines Ehrenamtes jedem möglich sein, der sich dazu berufen fühle.

Das Thema "Sport und Umwelt" sei zwar nicht ausdrücklich angesprochen worden, aber dennoch an vielen Stellen heute angeklungen, so zum Beispiel im Zusammenhang mit der Umnutzung von Brachen.

Ministerin Ilse Brusis weist darauf hin, daß selbst in der Spitze ihres Ministeriums dieses Thema jetzt ausreichend vertreten sei. Sie wisse, daß sich der jetzige Staatssekretär ihres Hauses auch in der letzten Legislaturperiode als Staatssekretär im Umweltministerium in diesen Fragen besonders engagiert und geholfen habe, daß für den Sport in der Auseinandersetzung mit den Umweltschützern ein wenig mehr Freiräume geschaffen worden seien.

Hier gehe es allerdings um einen gesellschaftlichen Konflikt, den man ihres Erachtens auch mit noch so guten Rechtsvorschriften nicht endgültig lösen können. Wenn man einen Spielplatz vor dem Haus einrichte, fühlten sich in der Regel einige Anwohner gestört, wobei es eine andere Frage sei, ob sie wirklich gestört würden. Aber allein das individuelle Gefühl des Gestörtwerdens führe zu dem Versuch, diese Störung zu beseitigen. Gegebenenfalls werde auch das Verwaltungsgericht angerufen, und dann würden die Rechtsvorschriften, die irgendwann einmal in Abwägung zwischen den sportlichen und den Umweltinteressen geschaffen worden seien, durch das Gericht interpretiert, und man wundere sich bisweilen, was dabei herauskomme.

Dies sei deshalb auch einer der Punkte, die sie bei dem Vorhaben beschäftigten, Stadträume wieder stärker für Bewegung, Spiel und Sport zur Verfügung zu stellen. An vielen Stellen werde man damit solche Konflikte provozieren.

Ihre bisherige Antwort darauf sei, daß man diese in der Gesellschaft angelegten Konflikte stärker bewußt machen und sie auch einmal mit der Frage verbinden müsse, ob man denn wirklich diesen Individualismus in der Gesellschaft auf die Spitze treiben wolle. Es sei schließlich auch eine Aufgabe von Politik, solche Fragen öffentlich zu diskutieren und zu versuchen, Bewußtseinsänderungen herbeizuführen. Dies könne man möglicherweise auch mit den Stadtforen für den Sport fördern. Mit Rechtsvorschriften jedenfalls werde man die Probleme nicht endgültig lösen können.

Was die Erzbunker in Meiderich-Nord angehe, so gebe es dort so viele, daß auf dieser großen Industriebrache sowohl für die Umweltschützer als auch für die Alpinisten genügend Platz sei. Hier werde man nicht unbedingt auf die Konflikte stoßen, die auch aus der Enge vieler Stadtviertel entstünden.

Was das Ehrenamt und die Anrechnung auf die Rente betreffe, so habe sie den Abgeordneten Kuckart (CDU) so verstanden, daß die Sportvereine an der Finanzierung beteiligt werden könnten. Darüber könne man nachdenken.

Es stelle sich aber die Frage nach der Grenze der finanziellen Belastbarkeit der Vereine. Schließlich sollten sich am Vereinsleben alle und nicht nur die Reichen beteiligen können. Es helfe auch nicht weiter, wenn die Vereine am Ende wieder um öffentliche Subventionierung bitten müßten, weil sie mit ihren Kosten nicht zurechtkämen.

Richard Winkels habe durchaus recht, daß man sowohl Kindergärten als auch Krankenhäuser und Sportstätten brauche. Bei den Kindergärten sei seinerzeit ein besonderer Bedarf durch das Schwangeren- und Familienhilfegesetz entstanden, der während der Zeit dieser besonderen Investitionen zu finanziellen Einsparungen an anderer Stelle geführt habe. Sie bezweifele, daß man dies jetzt alles schlicht und einfach auf die Sportstätten umpolen könne.

Auf jeden Fall müsse die Entwicklung bei den Sportstätten in den nächsten Jahren sehr genau beobachtet und möglicherweise irgendwann Alarm geschlagen werden, weil dort wieder stärker investiert werden müsse. Man dürfe es nicht so weit kommen lassen, daß die Investitionssummen am Ende so hoch würden, daß man sie gar nicht mehr bewältigen könnte.

Man werde die Sportstätten nicht vernachlässigen. Der Staatssekretär habe aber durch seine zusätzliche Sachaufklärung sicher dazu beigetragen klarzumachen, daß die Kürzung um 3 Millionen DM im Augenblick zu verkraften sei. Man werde die Diskussion über Sport-

stättenförderung und Sportstättenbedarf in der nächsten Zeit weiterführen. Dies wäre dann auch eine gute Grundlage für weitere Überlegungen.

Abschließend bitte sie um Nachsicht für ihr bei ihrem ersten Diskussionsbeitrag vielleicht etwas starkes emotionales Engagement, mit dem sie die Falschen getroffen habe. Es sei ihr allerdings auch nicht ganz klar gewesen, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende zitiert worden sei, an den sie dann ihre Aussagen weiterzugeben bitte.

Heinrich Dietmar Borcharding (SPD) regt für die weitere Arbeit des Sportausschusses an, sich einmal mit der Bedeutung des Sports insgesamt auseinanderzusetzen.

Einen zweiten Punkt, der in der heutigen Diskussion zu kurz gekommen sei und den man in dieser Legislaturperiode auch noch einmal stärker herausarbeiten sollte, fasse er unter der Überschrift "Vom Breitensport zum Leistungssport" zusammen.

3 Sport im Einigungsprozeß Europas

Zum gegenwärtigen Stand der Diskussion zu Maastricht II

Ministerin Ilse Bruns verweist auf ihr ausführlicheres Redemanuskript - das den Ausschußmitgliedern inzwischen mit Vorlage 12/285 (Neudruck) zugeleitet worden ist - und führt im übrigen aus:

Natürlich spielt der Sport auf europäischer Ebene, und zwar seit den 60er Jahren, seit sich der Europarat dieses Themas angenommen hat, eine Rolle. Wir stehen im Augenblick in einer Diskussion um die Frage: Wie weit wird der Sport in die Fortschreibung des Maastrichter Vertrages einbezogen?

Dazu gibt es bisher unterschiedliche Voten. Der Innenausschuß des Bundesrates hat zugestimmt, der Kulturausschuß hat nicht zugestimmt, daß Sport aufgenommen wird.

Es gibt natürlich die Diskussion: Wie halten wir es mit der Subsidiarität? Insbesondere Bayern und Nordrhein-Westfalen legen immer großen Wert darauf, daß wir die europäischen Angelegenheiten nach dem Prinzip der Subsidiarität regeln. Von daher ist auch die Meinung weit verbreitet zu sagen: Wir brauchen den Sport in die europäischen Verträge nicht ausdrücklich aufzunehmen, weil es sowieso die Autonomie der Sportorganisationen gibt, Sport gehört zum Bereich der Kultur, und da gibt es die Kulturhoheit der Länder; also lassen wir lieber die europäische Ebene ganz heraus.

Ich sagte aber vorhin schon: Die europäische Ebene hat sich schon seit den 60er Jahren der Frage des Sports angenommen, und es gibt eine Reihe von Problemen, die auch im Augenblick im Rahmen der EU zur Diskussion stehen: Ich nenne beispielsweise die Freizügigkeit der Vertragsspieler, die gegenwärtig heftig diskutiert wird. Und es gibt eine ganze Reihe europäischer Förderprogramme und eine Generaldirektion, die im Bereich des Sports tätig ist, aber dieses Feld mehr oder